Salzburger Verkehrsplattform
Mitglied von probahn Österreich
Sprecher. Mag. Peter Haibach
Markus-Sittikus-Straße 9, A-5020 Salzburg
☎ ***(0664) 42 69 607*** *oder (06274) 4966*
Fax (06274) 4966
E-Mail: office@verkehrsplattform.at
www.verkehrsplattform.at

20. Februar 2015

Raumordnungs-Referentin Astrid Rössler kämpft für die Bevölkerung der Gemeinden
- Objektivierung verhilft zu Fairness zwischen allen Gemeinden
- Bürgermeister sollten Gemeinsamkeiten mit Nachbargemeinden und Land suchen
- Klage vor Höchstgericht ist entbehrlich, konstruktiver Dialog besser

Das Verhalten und die Aussagen verschiedener Bürgermeister zeigen das Sittenbild einiger Ortschef auf, die gewohnt waren, nach Belieben schalten und walten zu können. In Vorgesprächen konnte früher bereits mit den zuständigen Beamten das Einvernehmen erzielt werden. Wer keinen Konsens erzielen konnte, hat sich kurzen Weges an den jeweiligen Landeshauptmann gewandt und hat dabei alles erreicht, was er wollte, so die Aussage des wortgewaltigen Eugendorfer Bürgermeister Johann Strasser, wie aus den Medien der jüngsten Zeit zu erfahren war.

Wohltuend ist es, die Haltung von LH Wilfried Haslauer festzustellen, dass er der Raumordnungs-Referentin Astrid Rössler nicht in den Rücken fällt, sondern sie gewähren lässt und ihrem Wirken vertraut.

Aus der Sicht der Verkehrsplattform handelt Astrid Rössler im Sinne aller Gemeinden und deren Bevölkerung, die immer mehr unter den Verkehrserregern „Einkaufzentren und Baumärkte“ im Umland zu leiden haben. Ein Zubetonieren der Grünflächen nagt an der Lebensqualität der Bewohner. Ebenso ist es die Absicht der Raumordnungschefin, dem Ausbluten der Ortskerne und – damit verbunden – dem Verlust von Arbeitsplätzen durch Großmärkte weiter entgegenzutreten. Rössler handelt damit auch im Sinne der Bürdermeister, eine Konkurrenzierung mit Gründland-Preisdumping schadet allen Gemeinden.

Rössler handelt auch richtig, dem Wildwuchs Salzburgs Landschaften durch entschiedenes Nein zu begegnen und die Kriterien für eine geordnete Raumordnung zu schaffen. Dabei muss es auch gelingen, dass alle Gemeinden an einem Strick ziehen, gemeinsame Flächenwidmungspläne entwickeln, Gewerbegebiete ausweisen und Öffentliche Verkehre anbinden. Weiters sind auch die Großmärkte dazu zu verpflichten, raumsparende Flächen im Ortsgebiet einzuplanen, z.B. durch mehrgeschossige Flächen und Tiefgaragen statt flächenverbrauchende riesige Parkflächen im Grünen.

Die Verkehrsplattform appelliert an die gesamte Landesregierung, hier gemeinsam und entschlossen standzuhalten. Der Appell richtet sich aber auch an die Bürgermeister: Diese sollten erkennen, dass eine Entschleunigung bei Raumordnungs-Entscheidungen für mehr Lebensqualität ihrer Bürger/-innen sorgt und die Bürgermeister vermeiden hilft, Bausünden durchzudrücken. Der Konfrontationskurs im Sinne einer Klage statt eines konstruktiven Dialoges ist entbehrlich und schädlich.

Für die Verkehrsplattform
Peter Haibach